

Zeitschrift: Frauezeitig : FRAZ

Band: - (1991-1992)

Heft: 37

Artikel: Vermachtete Märkte : Europa 93 - von unten und aussen gesehen

Autor: Braunmühl, Claudia von

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1054109>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 22.11.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

VERMÄCHTETE MÄRKTE

Europa 93 – von unten und aussen gesehen

Es genügt nicht, die möglichen Folgen eines EG-Beitritts für die Schweiz zu bedenken und die Strukturen der EG und deren Auswirkungen zu analysieren, ohne einen Blick über die europäischen «Grenzen» hinaus zu werfen. Denn Tatsache ist, dass der europäische Wirtschaftsmarkt immer stärker wird und sich seit den Umwälzungen auch nach Osteuropa ausdehnt. Je grösser und kompakter dieser aber wird, desto grösser wird auch seine Macht auf dem Weltmarkt – und dem kapitalistischen Denken zufolge die Kluft zwischen Nord-Süd. Mit diesem Aspekt, welcher in den Diskussionen rund um die EG nur allzu oft vernachlässigt wird, befasste sich Claudia von Braunmühl in ihrem Referat am Deutschen Bundeskongress. Der folgende Abdruck ist gekürzt.

Mit dem Begriff vom «gemeinsamen europäischen Haus» ist auch ein neues Wort der Bedrohung aufgetaucht: das der *Abkoppelung*. Wenn heute von Abkoppelung geredet wird, ist nicht mehr die stolze und trotzig Abwendung vom kapitalistischen Weltmarkt und der Aufbau binnenorientierter Wirtschaft- und Sozialstrukturen gemeint, nicht Revolution und Sozialismus oder reformistische Strategien der self-reliance und eines Dritten Weges zwischen Kapita-

lismus und Sozialismus. Heute ist von *Abgekoppelt-werden* die Rede, von vernachlässigt, vergessen werden – *ein gänzlich passiver Vorgang, der die so Behandelten zu verhandlungsschwachen Bittstellern macht.*

Auslöser für die Abkoppelungsdebatte in der BRD waren 55 Millionen DM, die vom Bundesministerium für Zusammenarbeit (BMZ) für Polen und Ungarn bewilligt wurden – nicht lange, nachdem beide Länder bei der OECD den Status eines Entwicklungslandes beantragt hatten. Das Abkoppelungs-Argument bezieht sich in seiner verbreitetsten Variante auf die Entwicklungshilfe. Damit wird auf einmal eine Glorifizierung der Entwicklungshilfeleistungen veranstaltet, die völlig unberechtigt und im Höchstmass unhistorisch ist. Was ist mit der kritischen These von der «tödlichen Hilfe»? Was ist mit der Krise der Entwicklungspolitik, mit der Kapitalkorruptiertheit der finanziellen Zusammenarbeit, mit den immer enger werdenden Grenzen der Wirksamkeit der Technischen Zusammenarbeit, mit ihrer zum Teil absurde Formen annehmenden Jagd auf «gute Projekte»? Nichts mehr von alledem. Wir sind aufgefordert, um etwas zu zittern, das sich, weil umzittert, auf einmal umstandslos als erhaltenswertes Gut ausgibt. An dieser ganzen Diskussion ist etwas zutiefst schief.

Noch einmal zum Ausgangspunkt von tatsächlichen und absehbaren Kürzungen von Entwicklungshilfe-Zuwendungen: Die 55 Millionen DM wurden bereits erwähnt. Hinzu kommt der im BMZ eingerichtete Planungsstab Osteuropa und der deutsche Anteil an der westeuropäischen Osteuropahilfe. Für beides sind meines Wissens bislang entsprechende Aufstockungen im BMZ-

Haushalt nicht ersichtlich, und insofern konkurrieren diese Posten in der Tat unmittelbar mit zum Beispiel den Lome IV-Leistungen (Entwicklungshilfeleistungen im Rahmen der Wirtschaftsabkommen der EG-Staaten mit den AKP-Ländern) oder der Aufstockung des IDA-Fonds. Die EG hat verlauten lassen, sie plane, ihre 3. Welt bezogenen Exportgarantien zu kürzen und die freiwerdenden Mittel nach Osteuropa zu verlagern. Die europäische Entwicklungsbank wurde aus dem Stand mit 20 Milliarden DM Startkapital ausgerüstet. Von Frankreich sind Unterstützungsvorschläge in Richtung Osten gemacht worden, die den auf die AKP-Länder (Afrika/Karibik/Pazifik-Länder) entfallenden Pro-Kopf-Anteil um ein Mehrfaches übertreffen. Darüber hat insbesondere Afrika, das mit 45 von derzeit 68 AKP-Staaten am heftigsten betroffen ist, Befremden geäussert. In ähnlicher Weise haben fast alle westlichen Industriationen ostwärtsgewandte Mittel aus ihren Entwicklungshaushalten genommen.

Derweil wird der alten, von der Sondertagung der Uno Ende April 1990 erneuerten Forderung, durch Abrüstung freiwerdende Mittel in die Förderung von Entwicklungsprozessen zu stecken, jetzt, wo das möglich wäre, immer häufiger die Gegenrechnung aufgemacht: Sozial verträgliche Abrüstung könne nur als Konversion erfolgen, und die verschlinge Unsummen; da werde für Entwicklung nicht viel übrigbleiben.

Schauen wir uns die Bereiche an, die sehr viel mehr als Entwicklungshilfe Entwicklung bestimmen; die eigentlich relevanten Bereiche von Handel und Produktion: Der Welthandelsanteil der Industriestaaten mit den Entwicklungsländern lag 1950 bei zirka einem Drittel, einschliesslich, was sich verzerrend auswirkt, der Erdöl exportierenden Staaten. 1980 lag er



VERMÄCHTETE MÄRKTE

schon bei unter 20 Prozent, und die Tendenz ist weiterhin fallend. Der Anteil Afrikas am Welthandel ist seit den 70er Jahren um zirka 50 Prozent gefallen. Der Handel zwischen den AKP-Staaten und der ihnen Handelspräferenzen einräumenden EG zeigt einen stark sinkenden Trend von 1975 7 Prozent, 1988 4,8 Prozent und 1989 nur mehr 3,8 Prozent. Einzig die Schwellenländer

*Anfang der 90er Jahre
steht es für die Entwicklungsländer
schlechter und am
Weltmarkt aussichtsloser als je zuvor.*

Südostasiens haben ihren Anteil halten können. Die – milde ausgedrückt – Nachrangigkeit weiter Teile der Welt zeigt sich auch in den Investitionsdaten: Allein in den frühen 80er Jahren ist der Anteil der 3. Weltbezogenen Direktinvestitionen von 30 Prozent auf 23 Prozent gefallen. Das schliesst wiederum die ölproduzierenden Staaten ein. Der Anteil Afrikas an den Weltausland-Investitionen ist in den letzten 20 Jahren von der mit dem Rest der Entwicklungsländer zunächst vergleichbaren Ausgangsposition von 30 Prozent auf unter 10 Prozent gefallen.

Struktur gewordenes Rien ne va plus: orthodoxe Strukturanpassung

Wichtig und präsent im kapitalistisch dominierten Welthandels- und Weltproduktionsgeschehen waren die Entwicklungsländer, insbesondere die, denen die EG in besonderer Weise verbunden ist, also schon lange nicht mehr. Zwei zentrale Ursachen dafür liegen in der Entwicklung der Austauschbeziehungen auf *vermachteten Märkten* und der *Schuldenmanagement-Politik der 80er Jahre*. Beide waren Hauptgegenstand der schon erwähnten Sonderkonferenz der UN zu Weltwirtschaftsfragen, ohne dass die Entwicklungsländer sich

*Heute ist von
Abgekoppelt-werden die Rede,
von vernachlässigt,
vergessen werden – ein gänzlich
passiver Vorgang, der die so
Behandelten zu
verhandlungsschwachen Bittstellern
macht.*

auch nur in einem relevanten Punkt hätten durchsetzen können.

Der aus den Tiefen der kolonialen Abhängigkeit in den 70er Jahren errungene relative Anstieg der terms of trade (terms of trade: Mass für die Kaufkraft, das Austauschverhältnis; z. B. wieviele Säcke Kaffee müssen bezahlt werden für einen Traktor?) ist in den 80er Jahren wieder dahin gefallen, wo er vorher war. Real liegen die Preise für Pri-

märprodukte so tief wie vor 50 Jahren. Allein die beiden heftigen Einbrüche von 1981/1982 und 1986/1987 haben Afrikas Warenpreisindex halbiert und ein Viertel seines Exporteinkommens zunichte gemacht. Seit der Nichterneuerung des Kaffeeabkommens anfang letzten Jahres ist der Kaffeepreis um über 30 Prozent gefallen. Das bedeutet für die Menschen in den Ländern, deren Export vom Kaffee getragen wird, katastrophale Einbrüche. Und das, nachdem in den 80er Jahren Feld um Feld der Subsistenzwirtschaft – und das heisst weitgehend der ernährungssichernden Produktion von überwiegend Frauen – entzogen wurde, um der in den Export fließenden cash crop-Produktion zu dienen.

Ein «verlorenes Jahrzehnt» nannte der Exekutiv-Sekretär der UN-Wirtschaftskommission für Afrika die 80er Jahre. Dem ist zu widersprechen: Es waren Jahre unermesslicher Zerstörung. 30 afrikanische Länder wurden in diesem Jahrzehnt von Internationalem Währungsfond (IWF) und Weltbank mit Strukturanpassung überzogen. Ihr Pro-Kopf-Einkommen fiel in dieser Zeit um 20 Prozent. In den Subsahara-Staaten hat es

*Die EG will zwar mehr für die Umwelt,
mehr für die Frauen tun,
aber dies alles in Strukturen, die
erwiesenermassen
nicht sozial, umwelt- und frauen-
freundlich sind.*

den Stand der 60er Jahre erreicht. Die Produktionsstruktur ist marode, Investitionsquote und Investitionsertrag sinken ständig. Die soziale Infrastruktur, für die Masse der Bevölkerung alternativloser Lebens- und Zukunftsgarant, liegt darnieder. Allein in den letzten vier Jahren haben die 27 ärmsten Länder Afrikas ihre Ausgaben für das Gesundheitswesen um 25 Prozent kürzen müssen. Die Erziehungssysteme der meisten strukturangepassten Länder sind mit Kürzungen zwischen 30 bis 50 Prozent weitgehend ruiniert. Die Grundversorgungen wie Gesundheit, Erziehung, Wasser, Transport wurden dem Profitprinzip unterworfen. Wer nicht zahlen kann, zählt nicht oder soll sich selber helfen (siehe auch FRAZ Nr. 33; «Frauen, die letzte Ressource» von Madeleine Hadorn).

Die Daten des Rückgangs wären als quantitative Zahlen schlimm genug. Aber dahinter verbergen sich strukturelle Zerstörungen: Das IWF-Weltbank-Konzept schreibt die Entwicklungsländer auf Rohstoffproduktion und -lieferung fest, und in der Tat liegt der Anteil der Rohstoffe am Export der Entwicklungsländer genau da, wo er Mitte der 60er Jahre lag – nämlich bei 94 Prozent. Dramatisch verfallen aber ist ihre Fähigkeit, sich selber zu ernähren, und das hat mit der programmatisch forcierten Zerstörung der Subsistenzwirtschaft zugunsten von cash crops zu tun, die dann am Markt um ihren Ertrag betrogen werden.

Zudem zeigt die Zahl des 20prozentigen Rückgangs des Pro-Kopf-Einkommens ja nicht ein lineares Zurückstutzen an. Dahinter verbergen sich immense und immens gestiegene Klüfte zwischen reich und arm, zwischen Männern und Frauen. Den Lebensunterhalt zu bestreiten, die Familie gesund zu halten und den Kindern womöglich

durch Schule und Ausbildung trotz allem eine Chance zu sichern, das alles liegt zunehmend auf den Schultern von Frauen. Nicht nur die Armut, sondern auch die Ver-

*Die Grundversorgungen wurden dem
Profitprinzip unterworfen.
Wer nicht zahlen kann, zählt nicht
oder soll sich selber helfen.*

antwortung wird zunehmend feminisiert. Aus diesem Grunde finden wir in den 80er Jahren mehr Projekte der Frauenförderung als je zuvor – was aber auch mit den Kämpfen von Frauen in den Metropolen zu tun hat. Aber das verstärkte Einbeziehen von Frauen in den schieren Überlebenskampf ist so wenig mit Emanzipation zu verwechseln wie ihr Eingespanntsein in die Hitlerische Kriegswirtschaft. Der Schwerpunkt der Frauenförderung ist im sogenannt informellen Sektor angesiedelt, das heisst in der reinen Überlebensökonomie, die bar jeden rechtlichen Schutzes ist.

Es gibt Rahmenbedingungen, die sind das Struktur gewordene Rien ne va plus. Dagegen ist kein Ankommen: nichts geht mehr. Die orthodoxe Strukturanpassung zählt meines Erachtens zu solchen Rahmenbedingungen. Das Verblüffende und Beunruhigende ist: Dies alles ist bekannt. Die Grundannahmen der orthodoxen Strukturanpassung, durch radikale ökonomische Liberalisierung, Einsparen «unproduktiver» sozialer Kosten und Exportorientierung liesse sich auf jeden Fall ökonomisches Wachstum und durch Wachstum gesellschaftliche Entwicklung herstellen, sind hoch und runter kritisiert und von der Realität widerlegt. Gleichwohl ist das unlängst

*Die EG hat verlauten lassen,
sie plane, ihre 3. Welt bezogenen
Exportgarantien zu kürzen und die frei
werdenden Mittel nach Osteuropa
zu verlagern.*

verabschiedete Lome IV-Abkommen der EG aufs strengste an die Umsetzung von eben dieser Strukturanpassung gebunden. Das Abkommen enthält einige – wenn gleich längst nicht die von den AKP-Staaten geforderten – Verbesserungen, wie einen höheren Zuschussanteil des Stabex-Fonds (Fonds zur Stabilisierung der Rohstoffpreise) und eine 20prozentige Erhöhung der Finanzmittel; es gibt auch ein Sonderprogramm für die Subsahara-Staaten. Das alles aber ist gänzlich orthodox an die Einhaltung der IWF-Strukturanpassung gebunden und operiert nun nicht mehr nur mit dem sektoralen Politikdialog, der schon in Lome III enthalten war, sondern dem makroökonomischen Politikdialog, der genau wie IWF und Weltbank auf gesamtwirtschaftlicher Ebene EG-Mitspracherecht beansprucht. Die EG will zwar, sagt sie, mehr abfedern, mehr für die Umwelt, mehr für die Frauen tun, aber dies alles in Strukturen, die erwiesenermassen nicht sozial, umwelt- und frauenfreundlich sind und mit Mitteln, die weit unterhalb dessen liegen, was die Länder durch fallende terms of trade und durch den Schuldendienst verlieren.

Die neue Liebe zur Demokratie

Um noch einmal auf die Abkoppelungsthe- se zurückzukommen: Ist der beschriebene Vorgang beziehungsweise Zustand mit dem Wort Abkoppelung richtig beschrie- ben? Ich meine nein. Zutreffender scheint mir, von negativer Ankoppelung zu reden. Wir haben es eher mit einer Politik des ex und hopp zu tun: rausholen, was rauszuho- len ist und sich diese Möglichkeit auf jeden Fall offen halten. Der ausgeblutete, erbärm- liche Rest ist dann natürlich nicht mehr sa- tisfaktionsfähig.

Nun wird von einigen Politikern tatsäch- lich argumentiert, der gemeinsame west- europäische Markt von zirka 320 Millionen Menschen böte den Entwicklungsländern doch viele Chancen und – langfristig – der grosse, um Ost- und Mitteleuropa angerei- cherte 700-800 Millionen Menschen-Markt noch viel mehr. Das glauben allerdings die

Bei besser geordneten politischen und gesellschaftlichen Verhältnissen hätten die Lome-Gelder durchaus voll abfliessen können, sagen die EG-Staaten.

meisten in der EG selber nicht. Ein sofortiger Rückgang von zirka 10 Prozent der Im- porte aus Entwicklungsländern wird erwar- tet, ein eher verstärkter Protektionismus und eine Zunahme der «freiwilligen» Ex- portselbstbeschränkungen. Der erweiterte Markt wird verstärkende technologische Ef- fekte freisetzen mit der Folge, dass weitere Rohstoffe ersetzt werden. Und: Die osteuro- päischen Staaten werden auf eben diesem Markt die Mittel für die Rückzahlung von Krediten erwirtschaften wollen und direkt mit den Entwicklungsländern konkurrieren. Anfang der 90er Jahre steht es für diese schlechter und am Weltmarkt aussichtslo- ser als je zuvor.

Das liegt, heisst es bei der Weltbank schon seit Jahresfrist und in Europa seit dem November 1989, am mangelhaften Re- gieren. «Good governance», sagt die Welt- bank, ist gefragt, sonst kann es ja nichts werden. Gutes Regieren bestehe aus fol- gendem Dreiklang: Erstens Marktwirt- schaft, und der Weg dahin führt über die ort- hodoxe Strukturanpassung. Zweitens

Die westlichen Industrienationen sind mit den neuen Grenzen des Wild East beschäftigt, aber nicht zu beschäftigt, um nicht doch mit dem Hebel des Schuldenmanage- ment den Süden weiter auszusaugen.

Mehrparteiensystem und drittens freie Wahlen. Dieselben Regimes, die über Jah- re die Strukturanpassung gegen zum Teil blutigen Widerstand durchsetzten – sie sol- len sich nun bei Strafe des Ausbleibens wei- terer Entwicklungshilfemittel demokratisie- ren. Wie bei der wirtschaftlichen Struktura- npassung ist auch hier das richtige Strickmuster, das des bürgerlichen Parla- mentarismus, schon klar und infolgedes- sen verbindlich.

Europa schliesst sich dem an. Die EG kann dabei in der Tat auf die nur zu einem Bruchteil (18 Prozent) abgeholtene Lome- Gelder verweisen, die, so argumentiert sie, bei besser geordneten politischen und ge- sellschaftlichen Verhältnissen durchaus hätten abfliessen können. In der BRD wird mit Hinweis auf den Zusammenbruch des realen Sozialismus in Osteuropa und der Übernahme liberal-kapitalistischer Formen

«Good Governance», sagt die Weltbank, ist gefragt, sonst kann es ja nichts werden.

dafür plädiert, die Mittel der Entwicklung- hilfe nun verstärkt in derselben Richtung in der Dritten Welt einzusetzen und mit einer «Konditionalisierung politischer Art» zu ver- sehen. Zu dem Zweck sind die Foren des Nord-Süd-Dialogs wiederbelebt worden und wurde der UNCTAD (Unterorganisation der Uno, in der die Dritt-Welt-Länder zusam- mengeschlossen sind, mit dem Ziel, eigen- ständige handelspolitische Strategien zu entwickeln) mit der Koppelung ökonomi- scher, sozialer und politischer Reformen er- neut Aufmerksamkeit zugewandt.

Die UN-Wirtschaftskommission für Afrika hat vor Jahresfrist ihrerseits ein Konzept vorgelegt, das sie «Strukturanpassung mit Transformation» betitelte. Dort wird die Not- wendigkeit struktureller Anpassung, ein- schliesslich politischer Reformen, nicht be- zweifelt, sondern im Gegenteil mit Nach- druck unterstrichen. Aber es wird von einer binnenwirtschaftlich orientierten Entwick- lung ausgegangen, die, soll sie die viel be- schworene Nachhaltigkeit aufweisen, von den Menschen aktiv getragen sein muss. Deswegen, nicht aus Abfederungs- und Ak- zeptanzerwägungen, muss sie sozial und in demokratischen Strukturen beherbergt

Nun wird von einigen tatsächlich argumentiert, der gemeinsame westeuropäische Markt böte den Entwicklungsländern doch viele Chancen...

sein, wie immer diese im einzelnen gestal- tet sein mögen.

Opposition ist auch längst in den einzel- nen Gesellschaften entstanden. Viele der als Integrationsmodus angetretenen Ein- parteien-Systeme sind zu bürokratischen, oft diktatorischen Regimes entartet. Es gibt einen grossen Bedarf an Rede-, Koalitions-, Vereinigungsfreiheit, an Möglichkeiten, die eigenen Interessen, nicht zuletzt auch die der Frauen, jenseits staatsparteilich ge- lenkter Äusserung und Ressourcenvertei- lung formulieren und zur Geltung bringen zu können. Hier haben insbesondere im frankophonen Bereich komplexe und aufre- gende Prozesse begonnen. Es ist indes dem Generalsekretär der OAU (Vereini- gung Afrikanischer Völker) zuzustimmen, wenn er davor warnt, nun gleichermassen stereotyp wie bei der orthodoxen Struktura- npassung und auch noch an sie gekop- pelt, gleichförmige politische Reformen qua Konditionalität erzwingen zu wollen.

Möglicherweise müssen wir noch stärker als bislang den Verantwortungszusammenhang deutlich machen, in dem erst einmal wir gefordert sind.

Im Hinblick auf unsere weitere Arbeit möchte ich abschliessend drei Dinge sa- gen: Erstens müssen wir in unserer ent- wicklungsbezogenen Arbeit alle mehr ler- nen, makroökonomische Vorgänge in so- zialen Dimensionen zu buchstabieren und soziale Vorgänge in geschlechtsspezifi- schen Dimensionen. Die satten wie die hungrigen Menschen kommen als Frauen und Männer vor. Das muss unseren Analy- sen, Strategien und Handlungsformen mehr anzumerken sein.

Zweitens braucht der Süden – gerade in einer Zeit, in der die westlichen Industrienationen stark miteinander und mit den neuen Grenzen des Wild East beschäftigt sind, aber nicht zu beschäftigt, um nicht doch mit dem Hebel des Schuldenmanagement den Süden weiter auszusaugen – Organisato- ren seiner Stimme bei uns, Fürsprecher

Die satten wie die hungrigen Menschen kommen als Frauen und Männer vor. Das muss unseren Analysen, Strategien und Handlungs- formen mehr anzumerken sein.

und Lobbyisten. Ich halte die orthodoxe Strukturanpassung mit ihrer expliziten Ver- neinung von Umverteilung von oben nach unten und ihrer impliziten Umverteilung von unten nach oben für eine Katastrophe. So- lange die anhält und ganz nebenbei die terms of trade noch weiter herunterge- drückt werden, solange finde ich es wichtig, dass der Buko in seiner Arbeit hier einen Schwerpunkt setzt.

Drittens könnte es allerdings sein, dass wir angesichts der horrenden Disparitäten zwischen 1. und 3. Welt mit den Thesen vom aufgeklärten Eigeninteresse, von der wech- selseitigen Abhängigkeit auf wenig über- zeugendem Boden stehen. Die Wirkung- zusammenhänge mögen in der Tat global sein, die Auswirkungen als solche schwer- lich. Möglicherweise müssen wir noch stär- ker als bislang den Verantwortungszusam- menhang deutlich machen, in dem erst ein- mal wir gefordert sind.

Claudia von Braunmühl

(Nachdruck aus «Forum 146, Juli/August 1990)

Claudia von Braunmühl lebt zur Zeit in Berlin, ist als Lehrbeauftragte an unterschiedlichen Universitäten und als unabhängige Gutachte- rin für zahlreiche (Entwicklungs-)Organisa- tionen tätig. Elf Jahre lang lehrte sie inter- nationale Politik an den Universitäten Frank- furt und Edinburgh, anschliessend war sie vier Jahre lang als Beauftragte des DED in Jamaika.